

Antrag 14/I/2021**AfB Brandenburg**

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Arbeitskreis Digitale Gesellschaft, Landesvorstand (Konsens)

Antrag zur Sicherung einheitlicher Standards in Schulen, deren Finanzierung und Kontrolle durch die Fachaufsicht: Breitbandversorgung in Schulen

1 Im Land Brandenburg ist eine
2 Mindestbreitbandversorgung
3 von 150 MB/s in Schulen zu
4 gewährleisten. Dazu muss dieser
5 Standard vorgeschrieben wer-
6 den. Die finanziellen Belastungen
7 finanzschwacher Schulträger
8 muss das Land übernehmen.
9

10 **Begründung**

11 Viele Kreise, kreisfreie Städte
12 und Gemeinden haben in den
13 letzten Jahren unterschiedlich in
14 die technische Ausstattung ihrer
15 Schulen investiert. Ein für den Di-
16 stanzunterricht entscheidender
17 Faktor hindert allerdings viele
18 Schulen an einer gelingenden
19 Durchführung.

20 **Breitbandausbau > 150 MB/s**
21 **im ersten Schritt – Ziel 1 GB/s**

22 In zahlreichen Schulen ist es nicht
23 möglich, dass Lehrkräfte die Vi-
24 deokommunikation in der Schu-
25 le einsetzen. Die Anbindung an

Der Arbeitskreis Digitale Gesellschaft wird beauftragt, die nachfolgenden Anträge (13/I/2021, 14/I/2021, 15/I/2021, 16/I/2021, 21/I/2021, 23/I/2021, 28/I/2021) zusammenzufassen und dem Landesvorstand eine entsprechende Beschlussempfehlung vorzulegen.

26 das Breitbandnetz ist schlicht zu
27 langsam. So kommt es häufig da-
28 zu, dass Lehrer*innen nur im Ho-
29 meoffice unter Nutzung ihrer ei-
30 genen Ressourcen eine Verbin-
31 dung mittels Videokonferenzsys-
32 tem aufnehmen können. In den
33 letzten Monaten mussten viele
34 Lehrkräfte den Präsenzunterricht
35 einiger Jahrgangsstufen und die
36 Notbetreuung in den Schulen ab-
37 sichern. Diese konnten mit den
38 im Homeschooling befindlichen
39 SuS ausschließlich nach dem ei-
40 gentlichen Unterricht durch **zu-**
41 **sätzliche** Arbeitszeit, unter Nut-
42 zung eigener (privater) Ressour-
43 cen in Verbindung treten.